



I Bezirk Mitte

Zum Umgang der IG Metall mit der AfD

Ein Arbeitspapier der Bezirksleitung Mitte

Vorwort	4
Wer oder was ist die AfD?	5
Welche Bedeutung hat die AfD?	7
Was tun I: Klare Kante und offene Tür	9
Was tun II: Umverteilen - Von oben nach unten oder von außen nach innen?	12

» *Trotzdem müssen wir uns auf einige verbindliche Grundsätze verständigen.*

Seit mittlerweile drei Jahren werden im Bezirk Mitte der IG Metall immer wieder intensive Diskussionen zur AfD geführt. Dafür sehen wir mehrere Gründe:

- Mit der AfD erschien erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik eine Partei, die mit rechten und rassistischen Haltungen erfolgreich ist. In anderen europäischen Ländern ist dies schon früher geschehen, das ist allerdings kein Trost;
- die AfD greift neben neoliberalen auch originär gewerkschaftliche Themen wie zum Beispiel soziale Sicherheit, Leiharbeit oder Mindestlohn auf, versteht sie aber mit Antworten, die den Werten und dem Handeln der IG Metall diametral entgegenstehen: Statt solidarischem Handeln folgt sie dem Grundsatz ausgrenzender, exklusiver Solidarität. Herkunft, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, sexuelle Orientierungen u.a.m. werden zum Selektionskriterium;
- sie greift wiederholt, offen und wohl kalkuliert die Gewerkschaften und deren Funktionär/innen auch persönlich an;
- die Positionen der AfD begegnen uns alltäglich im Betrieb, an dem Ort, an dem sich die gewerkschaftliche Macht herausbildet, nun findet dort eine parallele Konstituierung rechter und rassistischer Politik statt;
- viele Kolleg/innen sind sehr unsicher, ob und wie sie der AfD in konkreten Diskussionen wirksam entgegentreten können.

Aus unserer Sicht ist es Zeit, eine Zwischenbilanz zu ziehen, die auch Hinweise für unser Verhalten und Handeln enthält. Dabei haben wir zu berücksichtigen, dass es je nach Situation manchmal einfacher und manchmal eben auch schwieriger ist, »richtig« zu handeln und zu reagieren. Trotzdem müssen wir uns auf einige verbindliche Grundsätze verständigen. Dabei müssen wir die tiefe Verunsicherung vieler Menschen, die der AfD zugeneigt sind, richtig interpretieren und überzeugende Lösungen anbieten. Dabei hilft uns die Studie eines Teams der TU Darmstadt, die eine Befragung unter Seminarteilnehmer/-innen unseres Bezirks zum Themenkomplex »Flucht und Migration im Kontext arbeitsweltlicher Herausforderungen« durchgeführt hat.

Wer oder was ist die AfD?

Erinnern wir uns: Die AfD ist gerade sechs Jahre alt, sie wurde im Februar 2013 gegründet und zunächst als »Professorenpartei« belächelt. Im September 2013 trat sie zur Landtagswahl in Hessen und zur Bundestagswahl an und scheiterte jeweils knapp. Seitdem zog sie in mittlerweile alle Landtage, in das Europaparlament und 2017 dann auch in den Bundestag ein.

Hans-Olaf Henkel, ehemaliger Präsident des BDI, zählte zu den Gründern und gab der Partei ein zutiefst neoliberales und erzkonservatives Programm. Zunächst agierte sie fast ausschließlich als Anti-Euro-Bewegung. 2015/16 wurde die Ausrichtung dann in schnellen Schritten nach rechts (-außen) verschoben: Nach dem Putsch gegen Henkel und Bernd Lucke folgte im Frühjahr 2016 der Parteitag in Stuttgart mit einem dezidiert islamfeindlichen Programmteil. 2017 folgte dann die Entmachtung Frauke Petrys durch den extrem rechten Flügel um Gauland, Höcke und Poggenburg.

Die AfD vertritt ein zutiefst rassistisches Menschenbild und kooperiert an vielen Stellen sehr bewusst mit rechtsextremen Organisationen und Bewegungen. Die Wirkungsweise beschreibt Albrecht von Lucke anhand der Vorgänge in Sachsen (September 2018) als »ein Zusammenspiel von Rechtsradikalen auf der Straße und im Parlament mit rechten Hardlinern in den Sicherheitsorganen und in einem Teil der Medien. Diese Mobilmachung verfängt nur deshalb, weil die Straße mit der AfD über einen starken parlamentarischen Arm verfügt. Die AfD agiert als neue Volksprotestpartei.«¹

Zwei weitere Feststellungen sind uns wichtig:

1. Keiner der innerparteilichen Skandale und Konflikte hat der AfD in den sechs Jahren ihres Bestehens wirklich geschadet. Die wiederholte Abwahl von Parteivorsitzenden und ihre Ersetzung durch politisch weiter rechts zu verortende Funktionäre blieb ebenso ohne Schaden wie die inhaltliche Rechtsentwicklung der Partei.
2. Eine ernsthafte Diskussion über die Programmpunkte der AfD ist aussichtslos: Den Kernaussagen aus den jeweiligen Partei- und Wahlprogrammen steht jeweils eine Vielzahl von abweichenden und gegenläufigen Aussagen anderer Programme, Reden oder Interviews entgegen. Gut nachzuvollziehen ist dies u.a. in der Broschüre „Keine Alternative für Beschäftigte - AfD-Positionen unter der Lupe“.²

» Die AfD vertritt ein zutiefst rassistisches Menschenbild und kooperiert an vielen Stellen bewusst mit rechtsextremen Organisationen und Bewegungen.

¹ Albrecht von Lucke: Nächste Ausfahrt Weimar? Die Republik nach Chemnitz, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Ausgabe 10/2018, S. 6.

² IG Metall Bezirksleitung Mitte/ver.di Thüringen/DGB-Bildungswerk Thüringen: „Keine Alternative für Beschäftigte - AfD-Positionen unter der Lupe“, Frankfurt am Main/Erfurt 2018. IG Metall, Ressort Junge Metall: Keine Panik – Ein Themenheft zu Vorurteilen und Gefühlen und dem Umgang damit, Frankfurt am Main 2016.

» **Kandidatur
rechter und rechts-
extremer Listen zu
den Betriebsratswahlen:
Wo sie aber 2018
mit Listen antraten,
wurden diese auch
gewählt.**

Die grundsätzliche Haltung der AfD zu Gewerkschaften wird in wenigen Zitaten klar:

- »Die Gewerkschaften sind selbst schuld daran, dass immer weniger Unternehmen tariflich gebunden sind. Statt die Interessen der Arbeitnehmer in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu stellen, lassen sie sich lieber in den Dienst für linkspolitische Randthemen nehmen.«³
- »Die Gewerkschaftsbonzen sind längst korrumpiert. Sie kassieren satte Gehälter und Aufsichtsratsbezüge. Im Gegenzug nicken sie Millionenabfindungen für gescheiterte Vorstände ab. Diese Gewerkschaften vertreten nicht die Interessen der Arbeitnehmer, sondern die des Kapitals.«⁴

Eine zentrale Argumentationsfigur der AfD wird darin deutlich: Die plakative Verurteilung ausgewählter »Eliten«, hier sind es »Gewerkschaftsbonzen«. Als Ziel wird benannt: »Die müssen weg«. Es ist müßig, hierzu mit AfD-Funktionären ernsthaft diskutieren zu wollen, sie werden die Zitate relativieren und bagatellisieren.

Festzuhalten ist: Die IG Metall wird von der AfD frontal angegriffen. Das äußerte sich 2018 auch in der Kandidatur rechter und rechtsextremer Listen und Kandidaten zu den Betriebsratswahlen in expliziter Gegnerschaft zur IG Metall und den amtierenden Betriebsräten. Dass diese Kandidatur mit etwas mehr als zwanzig errungenen Mandaten einigermaßen erfolglos blieb, darf nicht täuschen: Im Wesentlichen scheint das dem Mangel der AfD an geeigneten Akteuren in den Betrieben geschuldet. Wo sie aber 2018 mit Listen antrat, wurden diese auch gewählt. Im Bezirk Mitte gibt es, unseres Wissens nach, rechte Betriebsratsmandate bei Opel Rüsselsheim (als Liste der AuB) und bei Rittal in Hof (als Liste der CGM). Entwarnung ist aus unserer Sicht jedenfalls das falsche Signal.

³ Pressemitteilung der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag vom 18. September 2018: Gewerkschaften schuld: Weniger Unternehmen mit Tarifbindung.

⁴ www.pohlposition-afd.de, aufgerufen am 26. September 2018. Jürgen Pohl ist seit 2017 Mitglied des Bundestages, im Mai 2017 verkündete er die Gründung des „Alternativen Arbeitnehmersverbandes Mitteledeutschland“ (ALARM) als eine Gewerkschaft.

Welche Bedeutung hat die AfD?

Wir geben der AfD, ihrer Politik und ihrem Einfluss in Betrieb und Gesellschaft viel Raum in unseren Diskussionen, manche sagen: zu viel. Wir sagen: Nein, es ist nicht zu viel, denn es geht um den dringend notwendigen »Kampf um die Köpfe«, auch diejenigen unserer Mitglieder. Und ebenso um den »Kampf um die Herzen«.

1998 ermittelte der Berliner Parteienforscher Richard Stöß, dass bundesweit 13 Prozent der Bevölkerung ein rechtsextremistisches Einstellungspotential aufweisen⁵. Die Zahl der Menschen mit rechtem und rassistischem Weltbild, aber eben noch keinem rechtsextremen, war und ist noch höher. Dieses Potential blieb lange Zeit ungenutzt: Es gab keine Partei, die es auf Dauer erfolgreich an sich binden konnte. Das ist nun anders, die AfD bedient dieses Potential und schöpft es aus. Ein Hoffnungsschimmer ist, dass die Bertelsmann-Stiftung jüngst ermittelte, dass 71 Prozent der Deutschen »auf keinen Fall« der AfD ihre Stimme geben würden.⁶

Gewerkschaftsmitglieder neigen leicht überdurchschnittlich zu rechtem Denken und Wahlverhalten. Analysen zu Landtags- und Bundestagswahlen kommen immer wieder zum Ergebnis, dass Gewerkschafter/innen überdurchschnittlich oft die AfD wählen, wie früher schon die NPD, die DVU, die Republikaner. Neu ist aber, dass nun auch Teile der Funktionäre und in der IG Metall Aktiven empfänglich werden für Positionen und Überzeugungen der AfD, nachzulesen in gleich mehreren neuen Untersuchungen.⁷ Ein Forschungsprojekt der TU Darmstadt bestätigt das auch für die IG Metall Mitte in den Bundesländern Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Thüringen.⁸

Dies zwingt uns zum Handeln, es sind unsere Aktiven, unsere Funktionäre, um deren Einstellungen und Überzeugungen wir kämpfen müssen. Sie engagieren sich nach wie vor in der IG Metall, für unsere Ziele, suchen aber gesellschaftspolitisch zumindest zum Teil ihr neues Heil in rechten Denkschablonen. Aber weil sie sich nach wie vor für die IG Metall engagieren, ist unser Kampf um ihre Köpfe und ihre Herzen alles andere als aussichtslos, denn wir erreichen sie ja mit unseren betriebs- und tarifpolitischen Anliegen durchaus. »Häufig sind Gewerkschaften die einzigen demokratischen Organisationen, die Arbeiter mit Sympathien für die populistische Rechte überhaupt noch erreichen«⁹, analysieren Dörre u.a.

» Es geht um den dringend notwendigen »Kampf um die Köpfe«, auch diejenigen unserer Mitglieder. Und ebenso den »Kampf um die Herzen«.

5 DGB-Bundesvorstand: Schlussbericht der Kommission Rechtsextremismus, Berlin, Mai 2000, S. 5.

6 Robert Vehrkamp/Wolfgang Merkel: Populismusbarometer 2018. Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2018, Gütersloh 2018, S. 66.

7 Dieter Sauer/Ursula Stöger/Joachim Bischoff/Richard Detje/Bernhard Müller: Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche, Hamburg 2018; Klaus Dörre/Sophie Bose/John Lütten/Jakob Köster: Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte.

8 Flucht und Migration im Kontext arbeitsweltlicher Herausforderungen. Bislang liegt dazu eine umfangreiche Präsentation der Autoren vor, Ende 2018 folgt ein Forschungsbericht.

9 Klaus Dörre/Sophie Bose/John Lütten/Jakob Köster: Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte, S. 29.

Zuletzt hat die Tarfbewegung in der Metall- und Elektroindustrie 2018 mit der Einbeziehung von zwei Millionen Beschäftigten in Aktionen gezeigt, dass solidarisches Handeln unmittelbare Erfolge (deutliche Entgelterhöhungen und Verbesserungen in der Arbeitszeitgestaltung) durchsetzen kann, ohne dass die von der AfD immer wieder verurteilte Flüchtlingspolitik irgendetwas negativ beeinflusst hätte.

Was tun I: Klare Kante und offene Tür

Es gibt sehr verschiedene Umgangsweisen mit der AfD: Hans-Jürgen Urban empfiehlt »klare Kante und offene Tür«¹⁰, Jörg Hofmann »Wer hetzt, der fliegt«¹¹. Der Jenaer Soziologe Klaus Dörre weist darauf hin, »der Antifaschismus gehöre quasi zur Gründungsurkunde der Gewerkschaften. Ihn aufzuweichen, würde sie zerreißen.«¹²

»Klare Kante und offene Tür« stellt u.a. die Frage nach Vereinbarkeit von Mitgliedschaft und Übernahme von Funktionen in der IG Metall oder in betrieblichen Interessenvertretungen einerseits und Sympathie oder Engagement für die AfD und rechte Positionen andererseits. Inhaltlich geht das nicht zusammen, im Alltag scheinbar doch. Die Frage, wem die klare Kante gezeigt und wem die Tür zur IG Metall offengehalten wird, ist akademisch leicht zu diskutieren, vor Ort und im Betrieb aber schwer zu entscheiden. Diese Frage muss sicherlich vor Ort und im Betrieb von Fall zu Fall entschieden werden. Dabei sind immer drei Aspekte zu beachten:

1. Zum einen müssen wir unterscheiden, ob es sich um Aktive in der AfD, zum Beispiel Landtagskandidat/innen, um Sympathisant/innen, um (Protest-) Wähler/innen oder »nur« um Menschen mit mehr oder weniger gefestigten rechten und rassistischen Überzeugungen handelt;
2. zweitens stellt sich die Frage: Verlieren wir mit einer möglichen »klaren Kante« weitere Mitglieder, weiteren Einfluss, weil es eine starke rechte Anhängerschaft im betrieblichen Umfeld gibt? Wie können wir diesem möglichen Verlust am besten begegnen?
3. Und drittens: Viele unserer Mitglieder kommen aus antifaschistischen, antirassistischen oder migrantischen Zusammenhängen, viele engagieren sich in der Flüchtlingsarbeit: Sie haben ein berechtigtes Interesse daran, dass die IG Metall sich an ihre Seite stellt, klar Position gegen rechts bezieht, sie haben ein berechtigtes Interesse daran, dass die bunte Vielfalt der Gewerkschaftsarbeit erhalten bleibt. So muss man vor Ort auch immer die Frage stellen: Wen verlieren wir, wen stoßen wir vor den Kopf, weil er/sie »klare Kante« gegenüber AfD-Anhängern erwartet?

» Der Antifaschismus gehört quasi zur Gründungsurkunde der Gewerkschaften. Ihn aufzuweichen, würde sie zerreißen.

¹⁰ Hans-Jürgen Urban: Kampf um die Hegemonie. Gewerkschaften und die neue Rechte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2018, S. 103 ff.

¹¹ Rainer Hank: Nationalsozial, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. Juli 2018.

¹² »Wieso wählen Arbeiter so häufig rechts?«, in: Spiegel.de, 27. Februar 2018.

» *Jede Gliederung der IG Metall kann und muss AfD-Mitgliedern und Sympathisanten gegenüber klar zum Ausdruck bringen, dass die IG Metall für gänzlich andere Werte steht.*

Dass vor Ort und im Betrieb entschieden werden muss, darf nicht heißen, dass Beliebigkeit einkehrt, einige Grundprinzipien wollen wir schon eingehalten sehen: Die IG Metall vertritt seit jeher Grundwerte wie Solidarität, Internationalismus und Antifaschismus. Sie finden sich auch als Wertekanon in der Satzung der IG Metall. Dieser Kanon markiert Überzeugungen, die auch in kniffligen Diskussionen vor Ort und im Betrieb nicht über Bord geworfen werden dürfen. Sie müssen gerade in schwierigen Situationen vertreten werden, auch in Betriebsversammlungen, selbst wenn es manchen Zuhörer/innen nicht gefällt.

Dies entspricht den Grundsätzen, die Jörg Hofmann, Christiane Benner und Jürgen Kerner im März 2017 in einem Rundschreiben an die Gliederungen der IG Metall vorgelegt haben. Von allen Funktionären wird eine »aktive und klare Positionierung gegen grundlegende Aussagen der AfD erwartet«, ein Eintreten für die Werte und Ziele der IG Metall, für die Vorstellungen einer gerechten und solidarischen Gesellschaft. Alle Ortsvorstände sind zur Diskussion und Entscheidung darüber gefordert, welchen Beitrag die IG Metall vor Ort dazu leistet. Weiter fordern sie einen klaren Umgang: Aktive AfD-Funktionäre sollen in der IG Metall nicht akzeptiert, entsprechende Mitgliedsanträge ggf. auch abgelehnt werden; sollten Funktionäre der IG Metall mit AfD-Positionen auftreten, fordern sie verpflichtende Gespräche. Hinzufügen möchten wir, dass Absprachen darüber notwendig sind, dass dort, wo AfD-Sympathisanten im Betrieb vermutet werden, gezielt und verbindlich Einzel- oder Gruppengespräche geführt werden. Dazu ist eine »Wer-redet-bis-wann-mit-wem-Liste« mehr als sinnvoll.

Auch die Frage eines Unvereinbarkeitsbeschlusses der IG Metall gegenüber AfD-Mitgliedern wird diskutiert. Einen solchen gibt es nicht und gäbe es einen, würde dessen konkreter Vollzug im Einzelfall erhebliche Schwierigkeiten bereiten. Wir halten die Diskussion darüber für verständlich, einen Unvereinbarkeitsbeschluss für letztlich aber nicht überzeugend. Für die IG Metall vor Ort gibt es viele andere Möglichkeiten: Jede Gliederung der IG Metall kann und muss AfD-Mitgliedern und Sympathisanten gegenüber klar zum Ausdruck bringen, dass die IG Metall für gänzlich andere Werte steht.¹³ Das geht mit Beschlüssen und Positionsbestimmungen in Ortsvorständen und Delegiertenversammlungen, das geht mit einer sichtbaren Beteiligung an regionalen Aktionen gegen rechts. Kurzum: Vor Ort und im Betrieb muss eine politische, eine inhaltliche Auseinandersetzung erfolgen.

¹³ Hartmut Meine: Gewerkschaft, ja bitte! Ein Handbuch für Betriebsräte, Vertrauensleute und Aktive, Hamburg 2018, S. 8 ff.

¹⁴ Eine mögliche Ausschlussklausel für Aufrufe oder Einladungen lautet: »Entsprechend § 6 Absatz 1 Versammlungsgesetz sind Personen, die rechts-extremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, von der Veranstaltung ausgeschlossen.«

Darüber hinaus gibt es viele ganz praktische Fragen zu diskutieren. Kommen zum Beispiel zu gewerkschaftlichen Veranstaltungen, Kundgebungen oder Demonstrationen AfD-Politiker, sollen sie aus unserer Sicht immer von einer Teilnahme ausgeschlossen werden. Dies gelang im April 2018 bei Opel in Eisenach in beeindruckender Form.¹⁴ Gelingt dies im Einzelfall nicht, ist die Veröffentlichung einer deutlich distanzierenden Erklärung denkbar, wie dies im Dezember 2017 beim Siemens Generatorenwerk Erfurt geschehen ist.¹⁵ Einladungen zu AfD-Veranstaltungen sollen Funktionäre der IG Metall aus unserer Sicht ablehnen - die IG Metall hat mit der AfD keinerlei inhaltliche Schnittmenge, die solche Besuche rechtfertigen würde.

Ein hoher Stellenwert kommt unserer Bildungsarbeit zu: 9,2 Prozent aller Wähler/innen und 12 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder haben bei der Bundestagswahl 2017 die AfD gewählt, 13,2 Prozent der von der TU Darmstadt befragten Seminarteilnehmer/innen unseres Bezirks gaben im Rahmen der Studie an, die AfD zu wählen.¹⁶ Wo, wenn nicht in unseren Seminaren muss das thematisiert werden? Aber nicht nur Seminare, auch andere Orte der Bildungsarbeit gehören dazu: Vertrauensleute-Sitzungen, Delegiertenversammlungen, Ortsvorstands-Sitzungen, Betriebsversammlungen. Die Auseinandersetzung mit rechtem Denken und Handeln, deren Unvereinbarkeit mit unseren gewerkschaftlichen Positionen der Solidarität muss zur echten Querschnittsaufgabe nicht nur, aber auch in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit verankert werden.

Ein wichtiger Ort, in dem wir gewerkschaftlich Aktive haben, ist der Betrieb. Funktionäre beklagen sich über zu wenig Hilfestellung im Umgang mit rechten Parolen im Betrieb. Unterstützungsangebote wie zum Beispiel Kommunikationstrainings für die betrieblichen Funktionäre müssen ausgeweitet, aber auch angenommen werden. Gute Erfahrungen haben wir auch mit der Ausbildung sogenannter »Stammtischkämpfer/-innen« gemacht, die unsere Werte von sozialer Gerechtigkeit, Menschenrechten und Demokratie stärken. Diese Ausbildung sollte in den Geschäftsstellen noch vorangetrieben werden.

» Ein hoher Stellenwert kommt unserer Bildungsarbeit zu.

¹⁵ Ein Auszug aus der Erklärung: »Gegen den Willen der Anmelder und gegen die Interessenlage der Siemens-Beschäftigten haben sich auch AfD-Politiker medienwirksam mit Symbolen ihrer Partei unter die Demonstranten gemischt... Die IG Metall Erfurt und die IG Metall im Bezirk Mitte akzeptieren keine Vereinnahmung ihrer Aktivitäten durch die AfD oder andere rechte und rechtsextreme Gruppierungen. Die IG Metall hat mit der AfD-Politik keinerlei inhaltliche Schnittmenge. Die AfD ist für die Kämpfe und Konflikte, die die IG Metall Erfurt und die IG Metall, Bezirk Mitte führen, kein Bündnispartner. Gegen Versuche der Vereinnahmung werden wir mit allen Mitteln vorgehen.«

¹⁶ Flucht und Migration im Kontext arbeitsweltlicher Herausforderungen. Bislang liegt dazu eine umfangreiche Präsentation der Autoren vor, Ende 2018 folgt ein Forschungsbericht.

Was tun II: Umverteilen - Von oben nach unten oder von außen nach innen?

Womit ist die AfD zurzeit so erfolgreich? Darauf gibt es ganz sicher nicht die eine, einzig richtige Antwort. Aktuelle Studien stellen fest, dass Abstiegs- und Zukunftsängste sowie die Befürchtung sog. »Kontrollverluste« eine große Rolle spielen, und dies nicht nur bei Erwerbslosen oder prekär Beschäftigten, sondern vor allem auch in der Mittelschicht. Dort entstehen Gefühle von Machtlosigkeit, Resignation und Wut.

» 61,5 Prozent der befragten Seminar- teilnehmer/ innen fürchten sich sehr davor, dass es den kommenden Generationen in Deutschland eher schlecht gehen wird.

Themen der Arbeitswelt und der sozialen Sicherung spielen dabei eine entscheidende Rolle: die Angst vor möglichem Arbeitsplatzverlust, die durch die Transformationsprozesse der Industrie (Digitalisierung, Dieselskandal, E-Mobilität u.a.) verstärkt wird, Unsicherheit und Unruhe durch eine seit Jahrzehnten zu spürende permanente Umorganisation der Unternehmen und der direkten Arbeitsumgebung, die in fast allen Betrieben erlebte Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, der ebenso seit Jahren erlebte ständig steigende Leistungsdruck sowie die Angst vor dem Absturz in »Hartz IV« und einer Rente, die Altersarmut bedeutet.

Die selbstbestimmte und annähernd sichere Gestaltung der Erwerbsbiografie gerät ins Wanken, Entsolidarisierung und fehlende Anerkennung greifen Platz. Dies wird mit gesellschaftspolitischen Themen in Zusammenhang gebracht und verstärkt Abstiegsängste, Zukunftspessimismus und Furcht vor Kontrollverlusten noch einmal.¹⁷

Die Befragung der TU Darmstadt bringt dazu u.a. folgendes Bild: 61,5 Prozent der von der TU Darmstadt befragten Seminarteilnehmer/innen der IG Metall im Bezirk fürchten sich sehr davor, »dass es den kommenden Generationen in Deutschland eher schlecht gehen wird«¹⁸, 45,9 Prozent davor, dass »es mir insgesamt eher schlecht gehen wird«. Von den »etablierten« Parteien wird keine Lösung erwartet, zu tief sitzen Ohnmachtsgefühle und Resignation gegenüber der neoliberalen Umverteilungspolitik der vergangenen Jahrzehnte, auch der rot-grünen Bundesregierung 1998 bis 2005: »Die Politik der letzten beiden Jahrzehnte wird überwiegend als Schlechterstellung der Position der Lohnabhängigen und ihrer Familien eingeordnet«.¹⁹ Dies gilt auch gegenüber der SPD, ebenso gegenüber der Linken, der zwar häufig richtige Forderungen, aber keine Machtperspektive zugeordnet wird.

¹⁷ Sehr gut belegt in: »Deutsche Zustände«, Forschungsgruppe des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld unter Leitung von Wilhelm Heitmeyer, zwischen 2002 und 2011 durchgeführt und im Suhrkamp-Verlag zwischen 2002 und 2011 veröffentlicht.

¹⁸ Flucht und Migration im Kontext arbeitsweltlicher Herausforderungen. Bislang liegt dazu eine umfangreiche Präsentation der Autoren vor, Ende 2018 folgt ein Forschungsbericht.

¹⁹ Dieter Sauer/Ursula Stöger/Joachim Bischoff/Richard Detje/Bernhard Müller: Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche, Hamburg 2018; Klaus Dörre/Sophie Bose/John Lütten/Jakob Köster: Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte, Seite 148.

IG Metall-Mitglieder, die die AfD wählen oder mit ihr sympathisieren, aber eben doch Gewerkschaftsmitglied sind, nehmen die IG Metall als wichtigen Akteur im betrieblichen Kontext wahr: 73,5 Prozent der befragten Seminarteilnehmer/innen äußern »viel bzw. sehr viel Vertrauen« in die Gewerkschaften, weitere 21,3 Prozent »etwas Vertrauen«. 56,5 Prozent fordern, die Gewerkschaften sollten »konfliktorientierter handeln«, 56,9 Prozent schreiben den Gewerkschaften »sehr großen Einfluss« oder »eher größeren Einfluss« auf den »konkreten Beschäftigungsalltag« zu. 88,9 Prozent glauben, dass die Gewerkschaften auch in der zukünftigen Arbeitswelt (Informatisierung, Digitalisierung) »eine wichtige Rolle spielen«.

Der Umverteilungspolitik der vergangenen Jahrzehnte, die ebenfalls zu den Zukunfts- und Abstiegsängsten geführt hat, setzt ein Flügel der AfD um Björn Höcke ein neues Umverteilungskonzept entgegen, das 2019 auf einem Bundesparteitag in der Rentenfrage diskutiert und entschieden werden soll. Die Richtung der Umverteilung zeigt bei Höcke nicht von oben nach unten, sondern von außen nach innen : »Die soziale Frage der Gegenwart ist nicht primär die Verteilung des Volksvermögens von oben nach unten oder alt nach jung. Die neue deutsche soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist die Frage nach der Verteilung des Volksvermögens von innen nach außen.«²⁰ Die »Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung« fürchtet wie viele andere, »dass ein solcher Antikapitalismus auf Zustimmung trifft, gerade unter ordentlich bezahlten Arbeitern und Angestellten.«²¹

Wir finden: Ein wesentlicher Schlüssel erfolgreichen Handelns gegen die Ausbreitung rechter und rassistischer Denk- und Verhaltensweisen liegt in unserer Betriebspolitik. Den am Arbeitsplatz entstehenden Gefühlen von Unsicherheit, Abstiegsangst und befürchteten Kontrollverlusten können wir durch eine aktive und erfolgreiche Betriebspolitik begegnen, wenn wir damit den Ursachen entgegenwirken, u.a. in den Themenfeldern Prekarisierung, Arbeitszeitpolitik, Personalbemessung und Leistungs politik. Und wir werden mit unserer Betriebspolitik darüber mitentscheiden, ob die Gewinne der neuen Rationalisierungsschübe (im Kontext u.a. der Digitalisierung) allein den Unternehmen zufließen oder ob sie auch in die Zukunft guter Arbeit investiert werden.

» Die Richtung der Umverteilung zeigt bei Höcke nicht von oben nach unten, sondern von außen nach innen.

²⁰ Rainer Hank: Nationalsozial, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. Juli 2018.

²¹ Ebenda.

Und zweitens: Wenn die gesellschaftliche Umverteilungspolitik der letzten Jahrzehnte und die gleichzeitigen Umbrüche in der Arbeitswelt zu den verbreiteten Abstiegs- und Zukunftsängsten geführt haben und den Nährboden für die AfD abgeben, dann müssen wir uns nicht »nur« dem Rechtsruck, sondern auch der Umverteilungspolitik entgegenstellen. Etwa sechzig Prozent der Nettovermögen gehören in Deutschland den reichsten zehn Prozent der Bevölkerung, über 15 Prozent gelten als arm.

» **Ein einfaches gesellschaftspolitisches**
»Weiter so« wird dem Rechtsruck nichts Ausreichendes entgegen-
setzen.

Die Einkommensunterschiede nach Geschlecht, Branche und Region sind enorm. Den immer wieder erhobenen Forderungen nach Kürzung der Sozialausgaben und der öffentlichen Ausgaben für Investitionen und Beschäftigung sowie dem Dogma der Schuldenbremsen müssen wir die Vorstellung einer neuen Umverteilung entgegensetzen, nicht in der rechten Denkschablone »von außen nach innen«, sondern von oben nach unten. Für diesen Politikansatz müssen wir Verbündete im politischen Raum suchen, um gemeinsam überzeugende Reformalternativen auf Grundlage solidarischen statt rassistischen Handelns zu entwickeln und für sie zu werben. Ein einfaches gesellschaftspolitisches »Weiter so« jedenfalls wird dem Rechtsruck nichts Ausreichendes entgegensetzen.

